

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rübensdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rübensdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 42.

Berlin, den 18. Oktober 1908.

9. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Arbeiter und Bodenreform. — Die „Gelben“. — Mehr
Objektivität und weniger Phrasen! — Zur Geschäftslage in
der Steinindustrie. — Rundschau: Konferenzen über die Reform
der Arbeiterversicherung. Sozialdemokratische Streikbrecher. Be-
strafte Fahrlässigkeit. Der Entwurf des Gesetzes zur Errichtung von
Arbeitskammern. Tarifvertrag und Individualvertrag. Ein Riesens-
streik. — **Wirtschaftliche Bewegung.** — **Verbandsnachrichten:**
Düren. Essen. Herne. Warendorf. Kassel. Harburg. Aachen.
Weerßen. Valtensburg. — **Volkswirtschaftliches und Soziales.**
— **Dreifachen.** — **Viterarisches.** — **Streifabrechnungen.** —
Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — **Bekannt-
machungen.** — **Sterbetafel.**

Arbeiter und Bodenreform.

I.

Während unsere Gewerkschaftsbewegung in ihren all-
gemeinen Leistungen der englischen immer näher rückt,
sie in manchen Beziehungen sogar bereits beträchtlich über-
holt hat, ist diese uns auf genossenschaftlichem Gebiete noch
immer weit voraus, und ihren Errungenschaften auf dem
Gebiete genossenschaftlichen Wohnungsbaus haben wir
vollends kaum etwas gegenüberzustellen. Wohnungs-
reform und Bodenreform wurden eben in England längst
schon als das behandelt, was sie sind und sein sollen,
nämlich Fragen wirtschaftlicher Natur, als man sie bei
uns noch durch die Parteibrille ansah und nach Kirch-
turmintereffen behandelte. Wie wenig ist selbst unserm
geschulten Gewerkschaftler der Begriff „Bodenreform“ ge-
läufig! Man muß ihn immer wieder erst an unsere ge-
wöhnlichen Wohnungsverhältnisse, teureren Mietpreise und
den himmelstreichenden Häuserwucher erinnern, um ihn
„auf den Text“ zu bringen.

Und doch ist nichts leichter, als die Bedeutung der
Bodenreform für den Arbeiterstand zu illustrieren. Hier
(nach Hoffmann) ein Beispiel: Ein findiger Spekulant
sichert sich dort, wo eine Fabrik gegründet wird, die eine
Zukunft verspricht, die angrenzenden Bauplätze. Dann hat
er es in der Hand, von den Arbeitern, die genötigt
sind, in der Nähe der Fabrik zu wohnen, einen stets
steigenden Anteil ihrer Löhne für höhere Mieten für
sich in Anspruch zu nehmen, nicht etwa für das Haus,
sondern für den Platz, auf dem es steht, für einen
Platz, der unter allen Umständen vorhanden war, auch
wenn der Spekulant nicht dazwischengeschritten wäre. Da
dieser ihn unter normalen Verhältnissen stets nur teurer
abgeben wird, als wozu er ihn erworben hat, so ent-
zieht er in Form erhöhter Bodenpreise der Arbeit in
vollkommen überflüssiger Weise einen Teil ihres Ver-
dienstes und ist schuldig an der dadurch bedingten schlech-
teren Lebenshaltung, die infolge von Wohnungsnot,
Alkoholisierung usw. unsere Volkskraft schädigt. — Ist es
erforderlich, die gegen Mißstände der beschriebenen Art
gerichteten Reformbestrebungen noch zu verteidigen? Man
kann tatsächlich dem beredten Vorsitzenden des Bundes
Deutscher Bodenreformer, A. Damasko, nicht unrecht
geben, wenn er in seiner Schrift: „Die Bodenreform“ uns
zuruft: „Was hilft es denn der Gewerkschaftsbewegung,
wenn sie eine Lohnerhöhung wirklich durchsetzt? Die
Mietsteigerung frißt die Lohnerhöhung auf.“
Alle Berichte der deutschen Gewerbeinspektoren bezeugen
es. Ja selbst in der Zeit des Aufschwunges überstieg
oft die Mietsteigerung die Lohnerhöhung. So
schreibt der Gewerbeinspektor von Königsberg für das
Jahr 1898: „Die Steigerung der Wohnungs-
mieten in der Stadt Königsberg hat fraglos zu einer
Verschlechterung der Lebenshaltung der Ar-
beiter in den letzten Jahren geführt.“ Der Verfasser
beruft sich sodann auf ein Wort Bernsteins, der gesagt
habe, ungehemmter Fortbestand und Fortentwicklung der
Bodenrente würde auf die Dauer die meisten Vorteile
illusorisch machen, welche Gewerkschaften, Genossenschaf-
ten usw. mit bezug auf die Erhöhung der Lebens-
haltung der Arbeiter auswirken könnten — und bemerkt
dann gegenüber der Gefahr, die die periodisch wieder-
kehrenden Krisen mit sich bringen: „Wir kommen aus
dieser Gefahr nicht heraus, bis die Bodenreform die
Grundlage zu einem allgemeinen und dauernden Auf-
schwung schaffen wird, zu einer wirtschaftlichen Ordnung,
in der schlechte Zeiten und Fandelskrisen nur noch durch
außerordentliche Umstände herbeigeführt werden können,
in der sie aber nicht mehr wie heute die trostlose Regel
bilden werden.“

Wir meinen, daß dies Momente genug sind, um
das Interesse der Arbeiterschaft an der Sache zu wecken
— und daß das Ziel der Reform hoch genug gesteckt ist,
um es wohl der Mühe wert erscheinen zu lassen, sich mit
Ihr zu befassen. Doch fragen wir uns nun, wie die
Reform gedacht ist, und wie man das vorgesehene Ziel
zu erreichen gedenkt. Es ist uns hier nicht darum zu tun,
programmatische Erklärungen aufzuzählen, mit deren Be-
bauung sich der und jener höchstens den Magen ver-
berben würde. Fassen wir die Sache anders, praktisch
an.

Der geschätzte Leser greife auf das eingangs an-
geführte Beispiel zurück. Dort wird dargetan, wie der
spekulierende Kapitalist der Arbeit einen Teil ihres Ver-
dienstes entzieht, indem er, sich die Kostlage der Arbeiter
zunutze machend, eine immer größere Quote ihrer Löhne
durch andauernde Erhöhung der Miete für sich in Be-
schlag nimmt, und zwar nicht etwa für das Haus, sondern
tatsächlich für den Platz, auf dem dieses steht. Denn
die Lage des Platzes in der Nähe der Fabrik ist es
doch, die dem Spekulant die Grundlage für seine er-
höhte Mietforderung gibt. Der Arbeiter empfindet das
als eine Ausbeutung seiner Kraft, und zwar mit vollem
Recht. In demjenigen Kapital, das sich des Grund und
Bodens bemächtigt, kommt in besonders hervorragendem
Maße die Wirkung des Ausbeutens, der Ausbeutung
zum Ausdruck.

In dem vorgeführten Beispiel tritt indessen die Aus-
beutung nur zu einem Teile in die Erscheinung. Grund
und Boden geben nicht nur den Platz her zum Häuser-
und Wohnungsbau; sie sind auch eine Schatzkammer, wie
es größer und wertvoller keine gibt. Und auch zu dieser
Schatzkammer von unermeßlichem Reichtum hat das aus-
beutende Kapital den Schlüssel gefunden. Wir entleihen
dem bereits zitterten Rohman auch hierfür ein treffendes
Beispiel. Er weist darauf hin, daß beispielsweise
billige Kohlen erste Vorbedingung zum Gedeihen unserer
Industrie sind. Und Deutschland ist in der glücklichen
Lage, einen ungeheuren Kohlenberg zu besitzen. Somit
ist die Vorbedingung zur industriellen Weiterentwicklung
in reichstem Maße gegeben. Solange sich nun das Kap-
ital darauf beschränkt, Kohlen zu fördern, wirkt es
wohltuend; im Augenblick aber, wo es Nutzungsrechte
erwirbt, um andere zu verhindern, nach Kohlen zu
graben, wenn ihnen die bisher gelieferten zu teuer wer-
den, wo es die Produktion sperrt, um einen Preisstand
zu erzielen, der bei freiem Zugang für jeden zu den
Schatzen in der Erde nicht vorhanden sein würde, in
diesem Augenblick tritt der Mißbrauch ein
und damit die Ausbeutung anderer. Die Vor-
sorge hat dem deutschen Volke die Kohlenfülle nicht
in den Schoß gelegt, damit einzelne durch ihre Förde-
rung oder sogar willkürliche Vorenthaltung möglichst hohe
Gewinne erzielen, sondern für den häuslichen und
industriellen Bedarf. Diesen zu befriedi-
gen, das ist die Hauptsache, und wenn die herr-
schenden Rechtsformen die Erfüllung dieser Hauptsache
erschweren, anstatt zu erleichtern, dann hat jedes Volk
das unbestrittene Recht, sie zu ändern.

Hier haben wir die Anschauung der Bodenreformer,
die, nach den Worten von Damasko, die volkswirt-
schaftliche Natur der Dinge zu ihrem Rechte kommen
läßt und die in der Forderung gipfelt: Die Kontrolle
der Gesamtheit für den Boden und seine Schätze,
damit jedem Zutritt zu den Rohstoffen gesichert sei!
Die Freiheit des einzelnen in seiner Arbeit und
in der Verwertung ihrer Produkte!

In welcher Weise aber soll sich die Bodenreform im
Sinne einer Aufbesserung der Wohnungsverhältnisse be-
stätigen? Denn die Wohnungsnot ist doch die zunächst
in die Augen fallende Erscheinung, sie ist es auch,
auf deren Abhilfe am meisten gedrängt wird und deren
Binderung insbesondere der Arbeiter dankbarst begrüßen
würde. Zunächst dürfte es, um der Sache nach allen
Seiten hin Anschaulichkeit zu verleihen, angebracht er-
scheinen, den Zusammenhang zwischen Bodenreform und
Wohnungsreform mit einigen Worten noch etwas mehr
ins Licht zu rücken. Die Nachfrage nach preiswerten
Wohnungen ist eine ungeheure, das weiß jedermann.
Warum wirft sich nicht Kapital und Arbeit auf deren
Erzeugung in befriedigendem Maße, wie es sonst sofort
geschähe, wenn nach irgend etwas Nachfrage entsteht?
Material, Steine, Eisen, Kalk usw. ist doch genügend
vorhanden. Allerdings, aber zur Herstellung von Wohn-
und Werkstätten gehört eben noch ein Faktor, der nicht
beliebig vermehrt werden, dessen Herstellung keine mensch-
liche Technik erleichtern kann — das ist der Grund
und Boden, auf dem die Werk- und Wohnstätten errichtet
werden müssen. Und daran fehlt's. Es fehlt an Grund
und Boden, der so billig abgegeben würde, daß sich
darauf preiswerte Wohnungen errichten ließen.

Wie nun da Abhilfe schaffen? — Darüber ein ander-
mal.

Die „Gelben“.

Von J. Klein.

Als eine gewaltige Bewegung zog in den letzten Jahr-
zehnten die immer voranschreitende Organisation der Ar-
beiter an unsern Augen vorüber; als eine großartige
Kulturerscheinung steht heute die organisierte Arbeiterschaft
vor uns. Wie ein großes Erwachen mütet einen dieses
Ringens des vierten Standes nach Freiheit und Gleich-
berechtigung an. Allerdings hatte die aufwärts strebende
Arbeitermasse in ihrem Kampfe gegen die ihr entgegen-
stehenden Gewalten manchen Rückschlag zu erfahren, manche

Niederlage zu verzeichnen, und es war etwas gar zu
Natürliches, daß unter dem lähmenden Einflusse so
mancher Enttäuschung bei vielen eine Stimmung Platz
griff, die man kennzeichnen könnte mit den Worten: Wieder
schlafen gehen! — Diese teilweise Erschlaffung in der
Arbeiterschaft wußte nun das Unternehmertum klugerweise
auszunutzen, indem es den Entmutigten an Stelle der so
schwer zu erringenden „Rechte“ den Almosenkorb darbot
durch Gründung der sog. „Unterstützungsvereine“, der
„gelben Gewerkschaften“.

Der 1. „ung“ des Namens „gelb“ dürfte wohl
manchem Arbeiter unbekannt sein; deswegen möge eine
kurze Erklärung dieser Bezeichnung hier Platz finden: Im
Jahre 1900 sagte sich in Frankreich von der sozialistisch
organisierten Arbeiterschaft mit ihren radikalen Bestre-
bungen eine Gruppe der Gemäßigten los und erhielt aus
Anlaß eines ganz zufälligen Ereignisses den Namen „die
Gelben“. Als nämlich ein Haus, in dem die Gemäßigten
versammelt waren, von den Radikalen bestürmt wurde,
holten jene aus einem nahen Papierladen große Ballen
gelben Papiers herbei und verklebten damit die zertrüm-
merten Fensterscheiben. Der Name „gelb“ ging dann auch
auf die in Deutschland auftommenden „zahmen“ Werk-
oder Unterstützungsvereine über. 1)

Diese „Gelben“ sind nun eine drohende Gefahr nicht
nur für die Arbeiterbewegung, sondern auch für die Arbeiter
selbst. Wenn man lange Zeit glaubte, mitunter auch heute
noch der Ansicht ist, diese Organisationen einfach ignorieren
zu sollen, so richtet sich diese Meinung von selbst angesichts
folgender statistischen Angaben: 2)

In Augsburg, welches der Sitz und Ausgangspunkt
dieser Bewegung für Deutschland ist, und in seiner näheren
Umgebung belief sich die Zahl der „gelb“ organisierten
Arbeiter am Ende des Jahres 1907 auf etwa 6320. Dazu
kommt aus einer Reihe anderer Städte Deutschlands (bes.
Berlin, Magdeburg, Frankfurt, Nürnberg) eine Mitglieder-
zahl von etwa 30 000; nimmt man noch den „Bund water-
ländischer Arbeiter“ mit etwa 8000 Mitgliedern dazu, so
stellen sich die „Gelben“ dar als eine Macht von zirka
45 000 Arbeitern. Im Dienste dieser nicht zu unterschätzen-
den Organisation stehen folgende Zeitungen: „Gelbe
Arbeiterzeitung“ (Stuttgart), „Der Bund“ (Nikolassee bei
Berlin), „Die Wehr“ (Augsburg) und „Die deutsche Treue“
(Berlin).

Gefährlicher jedoch als diese äußere Erscheinung ist
der Feind, der im innern Aufbau und Wesen der „gelben“
Organisation zu suchen ist.

Angesichts des vom trassiesten Egoismus getragenen
Zeitgeistes, der besonders im wirtschaftlichen Leben und
Konkurrenzkampfe sich geltend macht, möchte es bei ober-
flächlicher Betrachtung auffallend erscheinen, daß Arbeit-
geber soziale Gründungen vornehmen für die Arbeiter.
Aber bei genauerem Zusehen wird klar, daß gerade wieder
der Egoismus des Unternehmertums es ist, der bei der
Gründung der „gelben“ Vereine anregendes und leitendes
Motiv ist. Was die Unternehmer durch diese Wohltätig-
keitsvereine wollen, ist nichts anderes als eine ihrem Willen
durchaus gefügige Arbeiterschaft, mit der sie einen gefahr-
lichen Keil in die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisati-
onen hineintreiben zu können glauben. Man möchte der
zur Manne reife herangebrachten Arbeiterschaft wieder die
Kinderstube anziehen; man möchte den mündig gewordenen
4. Stand wieder unmündig machen; man fürchtet die Ein-
sicht der aufgeklärten und selbständig denkenden Arbeiter,
man fürchtet ihren Ruf nach Rechten und deshalb sucht man
sie durch Almosen abzuspeisen und mundtot zu machen.

Dieses Bestreben wird beleuchtet durch die ganze innere
Organisation der „gelben“ Vereine.

Wenn auch in den Verzeichnissen der Vorstandschaften
die Namen von Arbeitern figurieren, so ist diesen doch
in Wirklichkeit keine andere Aufgabe zugebacht, als Voll-
zugsorgane des unabänderlichen Willens der Unternehmer
zu sein. Diese starke Position verschaffen sich die Arbeit-
geber vor allem durch große Zuschüsse zu den Kosten dieser
„Arbeiterorganisationen“. Allein wer möchte glauben,
daß diese Wohlthaten einzig in einer wohlwollenden Ab-
sicht und im aufrichtigen Interesse für die Arbeiterschaft
ihren Grund haben? — Wenn die Herren nicht auf andere
Weise — Abhängigkeit der Arbeiter im Dienstverhältnisse
wie in der politischen Betätigung, Ersparnisse im Be-
triebe selber usw. — wieder voll und ganz auf ihre Rechnung
kämen, sie täten's wahrlich nicht. Diese Unterstützungen
der „Gelben“ sind daher nichts anderes als goldene Ketten,
mit denen man den Arbeiter fesselt, rechtlos und mundtot
macht und jede freie Meinungsäußerung, jedes rechtliche
Streben nach Verbesserung der wirtschaftlichen Lage unter-
drückt. Denn die Art der „gelben“ Unterstützungen kann
man doch füglich kaum anders bezeichnen als mit dem
Worte „Almosen“. Hier sollte sich die Arbeiterschaft ange-
sichts der „Wohlthaten“ der Unternehmer schon sagen: „Ich
fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen.“
Denn eine selbstbemerkte, nach sozialer Gleichberechtigung

liebende Arbeiterschaft will nicht Almosen, sondern Rechte und rechtlichen Schutz.

Noch auf eine andere Gefahr der „Gelben“ und zwar auf die größte möge hingewiesen sein! In seiner grenzenlosen Fürsorge für seine Arbeiter — soll heißen für sich selbst — legt der in „gelb“ machende Arbeitgeber seinen „organisierten“ Leuten die schriftlich abzugebende Verpflichtung auf, keiner andern Organisation anzugehören. Da liegt der Hase im Pfeffer. Die Furcht vor den selbständigen und standesbewußten Arbeiterorganisationen ist es, die den Unternehmer so barmherzig und wohlwollend macht. Das muß jedem Arbeiter, der auf seine Freiheit und Standeshonore etwas hält, die Augen öffnen. Soll der deutsche Arbeiter für einige Almosenbroden sein heiligstes Gut der Freiheit verschachern? — Nur was man sich selbst in ehrlicher und opferwilliger Arbeit errungen, ist edler Besitz, und wahrhaft national kann jeder Arbeiter sein, ohne zu den „Gelben“ zu gehören, wenn auch diese wählen, die nationale Gesinnung allein gewachtet zu haben. Daher mögen die christlichen Arbeiterorganisationen vor der „gelben“ Gefahr stets auf der Hut sein; denn die „gelben“ Gewerkschaften sind nach Dr. Matter in Erlangen „um es deutlich auszusprechen, Streikbrecherorganisationen von Unternehmern Gnaden... Vom sozialpolitischen Standpunkte aus betrachtet bedeutet diese Arbeiterbewegung einen ungeheuren Rückschritt.“ Ganz treffend ist daher auch die Kritik, die Dr. Kessler an den „gelben“ Gewerkschaften übt: „Eine Unwahrheit ist es, wenn einzelne dieser gelben Gründungen der Unternehmerschaft sich als „frei“ oder „unabhängig“ bezeichnen. Die Abneigung gegen den Streik hat mit nationaler Gesinnung oder Reichstreue absolut nichts zu tun. Reichstreue und patriotische Arbeiter waren schon vor der Entstehung der gelben Vereine zu Hunderttausenden in den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, den christlichen Gewerkschaften, den evangelischen und katholischen Arbeitervereinen gesammelt und organisiert. Die reichstreue und patriotische Gesinnung ist also nicht das unterscheidende Merkmal der „Gelben“. Sie ist nur der schöne Mantel, mit dem Streikgegnerchaft sich wohlgefällig umkleidet. Warum spricht man nicht lieber von „Arbeitswilligenvereinen“, wenn man doch solche will und meint?“

Mehr Objektivität und weniger Phrasen!

In seiner Berichterstattung über die sozialdemokratischen Gewerkschaften für das Jahr 1905 bemüht sich der Vorsitzende der Generalkommission dieser Gewerkschaften, Herr Legien, seine Richtung auf Kosten anderer Richtungen herauszustreichen. Er schreibt:

„Inmerhin sind unsere Zentralverbände die einzige Gewerkschaftsgruppe, die in so wenig günstiger Zeit einen ansehnlichen Zuwachs aufzuweisen hat. Während die gewerkschaftlichen Zentralverbände ihre Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1907 um 175 77 erhöhen konnten, nahmen die christlichen Gewerkschaften nur um 27 207 Mitglieder zu. Dagegen gingen die deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) um 9619 Mitglieder zurück. Der Gesamtfortschritt der deutschen Gewerkschaftsentwicklung im Berichtsjahre wird also repräsentiert durch die gewerkschaftlichen Zentralverbände, — das war bisher so und wird auch in Zukunft so bleiben.“

So Legien! Und wie steht es mit der Wirklichkeit! Ende 1906 gaben die sozialdemokratischen Gewerkschaften 1 799 293 Mitglieder an gegen 1 873 146 Ende 1907. Das bedeutet „in so wenig günstiger Zeit“ — denn diese kommt nur für 1907 in Betracht — eine Mitgliederzunahme von 73 853 = 4,1 pCt. Denn wenn Ende 1906 schon 1 095 584 Mitglieder mehr vorhanden waren als im Jahresdurchschnitt, so kann diese Zunahme jedenfalls nicht auf das Streifenjahr 1907 gebucht werden. Die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände hatten Ende 1906: 260 040, Ende 1907: 284 649 Mitglieder, somit eine Zunahme von 24 609 gleich 9,4 pCt. Es ist also unklar, daß nur die sozialdemokratischen Zentralverbände „einen ansehnlichen Zuwachs aufzuweisen“ haben; der Zuwachs der christlichen Gewerkschaften ist in 1907 prozentual mehr als doppelt so groß als der der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Um diese Tatsache nicht zugeben zu brauchen, hat derselbe Legien, der seit Jahren den Mitgliederfortschritt in der Hauptsache in Prozenten darzustellen gewohnt war, auf einmal sein Lieblingsbedenkenpreis gegeben: er rechnet nicht mehr mit Prozenten, und wenn, dann mit Zuhilfenahme seltsamer Mittel. Handelt es sich um die relative Mitgliederzunahme und die Finanzgebarung, dann führt Legien die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände und die außerhalb derselben stehenden getrennt auf, bei der Feststellung der prozentualen Zunahme dagegen wirft er beide Gruppen zusammen, zu dem anschließenden Zwecke, um den christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren keine größere prozentuale Zunahme zuzurechnen zu brauchen als den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Entwicklung der dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände zeigt nämlich gegenüber den beiden anderen Organisationsgruppen folgendes Bild:

Jahr	Mitgliederzahl der			Mitgliederzahl resp. Zunahme in Prozent		
	Sozialdemokratische Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften (außerhalb der Verbände)	Sozialdemokratische Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften (außerhalb der Verbände)
1903	911 529	291 440	110 215	—	—	—
1904	1 136 723	118 917	111 889	18,6	30,0	1,5
1905	1 429 503	191 690	117 097	27,9	51,1	4,7
1906	1 799 293	280 040	118 508	25,8	35,6	4,2
1907	1 873 146	284 649	108 829	4,1	9,4	8,8
1906-1907	73 853	4 609	9 281	4,1	9,4	8,8

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände in den letzten vier Jahren prozentual stets eine größere, teilweise eine doppelt so große Mitgliederzunahme

1) Zitiert in der Soc. Revue 1908 III S. 325.
2) Monatshefte.
3) Am 1. April, die anderen Ziffern fehlen.

aufzuweisen hatten, als die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Galt diese Entwicklung an, dann haben die christlichen Gewerkschaften alle Ursache, zufrieden zu sein. Während die sozialdemokratischen Gewerkschaften von 1903 bis 1907 ihren Mitgliederbestand um 96,9 pCt. vermehrten, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften um ihren um 1,2 pCt. verringerten, haben die Verbände, die den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften bilden, in der gleichen Zeit eine Zunahme von 211 pCt. zu verzeichnen. Darin liegt der Grund der eigenartigen Manipulationen Legiens und weshalb er das Rechnen mit Prozenten verlernt hat. Weiter heißt es in dem Bericht:

„Insgesamt haben die christlichen Gewerkschaften für Kampfszwecke in den 8 Jahren bereits 2 633 359 M. verausgabt. • So kommen die christlichen Gewerkschaften von Jahr zu Jahr immer mehr in das Getümmel der Klassenkämpfe hinein, zum Schutze ihrer geistlichen Nährväter, die diese Organisation als Schutzwall gegen Streikgelüste der christlichen Arbeiterschaft gegründet hatten.“

Auch diese Legien'sche „Geschichtskenntnis“ bedarf einer Nachprüfung. Die älteste christliche Berufsorganisation ist bekanntlich der Gewerksverein der christlichen Bergarbeiter. Die Gründe, die die angeblichen „geistlichen Nährväter“ des Gewerksvereins zur Errichtung einer „Organisation als Schutzwall gegen Streikgelüste“ im Ruhrrevier bestimmt haben sollten, ausgesprochen in demselben Revier, wo dieselben „geistlichen Nährväter“ seit Jahrzehnten den denkbar schärfsten Kampf gegen die Auswüchse des Großkapitalismus geführt haben, wäre interessant, durch Legien auseinanderzusetzen zu sehen. Hue glaubte einmal den Nachweis führen zu können, daß die den „geistlichen Nährväter“ der christlichen Gewerkschaften nahestehende Presse des Ruhrreviers ehemals gegen den Kapitalismus eine schärfere Sprache geführt habe als die sozialdemokratische Presse von heute. Und in der Zeitschrift zum sozialdemokratischen Parteitag in Essen wird das verhältnismäßig späte Vordringen der Sozialdemokratie im Ruhrrevier u. a. mit einem im übrigen Deutschland unbekanntem christlich-sozialen Radikalismus begründet. — Dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter sind mit der Gründung zeitgeschichtlich gefolgt die niederrheinischen Textilarbeiter. Und von diesen behaupten die Fabrikanten mit Hinweis auf die vielen Streiks und Lohnbewegungen, die direkt nach der Gründung einsetzten, durch das „Verheizen der Arbeiter“ seitens der „Kapläne“ werde „die reine nackte Begehrlichkeit unter dem Deckmantel der kath. Religion gedeckt“. Die betreffende Legien'sche Bijsenschaft steht mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß; ebenso seine weiteren folgenden Ausführungen:

„Die christlichen Gewerkschaften haben aus dem Beispiel der Zentralverbände manches gelernt, — sie sind unseren Kampfbahnen, wenn auch mit innerem Widerstreben, gefolgt und das bewahrt sie vor der Devoute der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, — aber sie werden das Vorbild niemals erreichen, weil sie an inneren Widersprüchen krankten, die ihre Entwicklung hemmen. Sie verwerfen prinzipiell den Klassenkampf und müssen doch notgedrungenen Massenkämpfe führen; sie wollen das Interesse des Arbeiters vertreten, ohne dem Unternehmer wehe zu tun, sie wollen den Arbeitern zu Einfluß und Macht verhelfen und gleichzeitig sie durch ihre Organisationszerpflüchtung. In dieser Zwitterstellung schwanken sie ständig zwischen Streiklust und Streikverrat hin und her und nehmen mit dem fürstlich, was bald bei den Erfolgen der Gewerkschaften und bald von der Gnade der Unternehmer für sie abfällt.“

Soldy schnoddrig-schwulstiges und zugleich dummdreistes Phrasengeklänge könnte ebensogut aus dem Wörterbuch eines sozialdemokratischen Durchschnittsagitors herrühren. Von einer auch nur einigermaßen objektiven Betrachtungsweise anderer Organisationen keine Spur! Das hindert aber den gleichen Legien nicht, bei allen sozialdemokratischen Gewerkschaftskongressen sich über die Behörden zu entrüsten, die der Arbeit und den Leistungen der Gewerkschaftsbewegung so geringes Verdienst entgegenbringen. In seinem Größenwahn merkt anscheinend Legien gar nicht, daß er gegenüber anderen Gewerkschaftsgruppen dieselbe Geflohenheit beobachtet, die er an der Regierung wegen ihres Verhaltens zur Gewerkschaftsbewegung verurteilt. Auch das gereicht dem ersten Beamten einer Millionenbewegung nicht zum Ruhme, daß auch er sich an der begrifflichen Vergeßlichkeit des Wortes „Klassenkampf“, die ja den letzten Jahren die sozialdemokratischen Dugendagitationen verübten, mitbeteiligt. Der Besuch der sozialdemokratischen Parteischule erweist sich sonach selbst für Herrn Legien noch als notwendig; dort soll er sich von den orthodoxen Marxisten, die das Programm der deutschen Sozialdemokratie formulierten, über den sozialdemokratischen Klassenkampf belehren lassen. Wenn die Streiks gemeinhin als Klassenkämpfe zu bewerten sind, warum dann die verschiedenartige Stellung der sozialdemokratischen Klassenkämpfer zum Klassenkampf? Warum verhandelt man auf der einen Seite mit Unternehmerorganisationen und ist froh, mit ihnen Tarife abzuschließen zu können, während man auf der anderen Seite der Organisation der Gesellschaft, dem Staate, von wegen des Klassenkampfes, die Mittel zu seiner Existenz verweigert? Es muß sonach ein begrifflicher Unterschied bestehen zwischen dem gewerkschaftlichen und dem von der politischen Sozialdemokratie geprägten Klassenkampf. Und wenn die christlichen Gewerkschaften den Klassenkampf von jeher ablehnten und ihn auch jetzt noch ablehnen, so haben sie darunter stets den im Sinne der politischen Sozialdemokratie verstandenen gemeint. Die Lohnbewegungen und Streiks sind nach Auffassung der christlichen Gewerkschaften Kämpfe zum Anstrag gegensätzlicher Interessen, deren Endziel der Friede ist. Daß die politische Sozialdemokratie durch den Klassenkampf ein Endziel erstrebt, das auf einem ganz anderen Gebiet liegt, darüber braucht schließlich in führenden Organen der Gewerkschaften nicht gestritten zu werden. — Inwiefern die christlichen Gewerkschaften „an innerem Widersprüche krankten“ und sie sich in einer „Zwitterstellung“ befinden sollen, vermögen wir ebenfalls nicht zu kapieren. Bald jedes christliche Gewerkschaftsmitglied kann Herrn Legien auseinanderlegen, daß die christlichen Gewerkschaften auf Grund des jeweiligen Standes der Kultur und Wirtschaftsentwicklung von den Unternehmern herauszuschlagen suchen, was möglich ist, also genau dasselbe tun, was die englischen und amerikanischen Gewerkschaften jahrzehntlang getan haben, ohne daß sie sich mit dem sozialdemokratischen Endziel identifizierten und ohne daß sie ihre gewerkschaftliche Tätigkeit selbst als Klassenkampf betrachteten. Und daß die Folge der englischen und amerikanischen Gewerkschaften ge-

ringer sein sollten als die der deutschen sozialdemokratischen „Klassenkampforganisationen“, werden diese kaum behaupten wollen. Damit sind die Begierdenführungen auf das zurückgeführt, was sie sind: oberliche Phrasen, die auch das bleiben, wenn ihnen ein rischer, auf Stimmung berechneter Dreh gegeben ist.

Zur Geschäftslage in der Steinindustrie

In Nummer 37 der „Baugewerkschaft“ wurde in kurzen Notiz, an der Hand statistischen Zahlenmaterials Neues Bild von der Krise in der Steinindustrie gezeichnet. Daran anschließend halte ich es für zweckmäßig, auf die Mißstände, die sich im Laufe der letzten Jahre in genau Industrie eingeschlichen haben, hinzuweisen, und gerade halb, weil die bedenklichen Folgen dieser Mißstände eher einer Verschärfung als zu einer Abmilderung der Krise tragen. In der Steinindustrie, die noch vor einigen Jahrzehnten fast ausnahmslos unter dem Zeichen der kleinen Kleinbetriebe stand, hat sich in nicht unbedeutender Maße das Großkapital resp. die Großindustrie breitgemacht. Als Beispiel sei nur die Entwicklung der Aktiengesellschaft in der Industrie für Steine und Erden angeführt: Diese sind wie folgt gestiegen: Von einer Gesellschaft im Jahre 1850 auf 36 im Jahre 1880, dann auf 77 im Jahre 1890, 215 im Jahre 1895, und auf 357 im Jahre 1905. Gesellschaften mit beschränkter Haftung wurden am Schlusse des Jahres 1906 in Preußen (in derselben Industrie) 910 gezählt. Das in beiden Gesellschaftsarten vereinigte Kapital betrug sich auf 557 770 000 M. Wieviel von diesen Gesellschaften für die Steinindustrie in Betracht kommen, konnte leider festgestellt werden, immerhin dürfte die Gesamtindustrie erheblichem Maße in Frage kommen. Die umfangreichen Kapital- und Baugruben haben zur Entwicklung dieser Industrie viel beigetragen. Leider aber umsteht man die Maßnahmen, die durch das mächtige Emporkommen dieser bringenden Industrie Elemente auftauchen, die es nicht erlauben, das ganze Sinnen und Trachten dieser Unternehmungen läuft darauf hinaus, in möglichst kurzer Zeit hohe Gewinne an sich zu reißen. Der Betrieb wird groß und maschinell angelegt, das verwendete Kapital muß sich gut verzinsen folgedessen muß mit aller Kraft gearbeitet werden, nur wenn die Aufträge. Keine Submission läßt man vorübergehen ohne sich zu beteiligen, da aber die Zahl der Bewerber große ist, darunter auch alte Firmen mit gutem Namen treten sind, muß man unter Preis gehen, wenn man Aussicht auf einen Zuschlag haben will. So kann es kommen, einer solchen Firma einige Aufträge zuzufallen. Man sieht bald ein, daß nach den üblichen Berechnungen, und dem daraus folgenden Unterangebot, kein so hoher Gewinn abfällt, wie stets nicht in dem Maße, wie man sich dieses träumen läßt. Da greift man in seiner Not zu Rettungsmitteln; die Arbeiter werden angefeuert, der Geschäftsführer sagt: Arbeitet so und solange ihr wollt, ich muß leben, was ihr verdient kommt ihr und wenn einer pro Tag 10 M verdient. Die Arbeiter strengen alle ihre Kräfte an, seitens des Betriebes drückt man beim Annehmen der fertigen Ware ein Auge zu; die Arbeiter verdienen bei 12- und 13 stündiger Arbeitszeit die hohen Lohn. Nun kommt der Zahltag; die Firma, die vor leicht einige Meilen entfernt ihren Sitz hat, bekommt die Listen zu Gesicht und sieht hier Wochenlöhne von 40-45 und mehr. Unter welchen Umständen diese Löhne verdient wurden, bleibt der Firma unbekannt; deshalb laßt sich der Gedanke auf, einen 10- oder 15 prozentigen Lohnabzug machen. Gesagt, getan. Die Arbeiter feilschen natürlich wehlich dagegen, so gut sie können. Kommt es nicht zu einem rechten Zustand, so erfolgt doch eine starke Erhöhung des Lohnes. Viele Arbeiter bleiben aus Mangel oder Mangel an Lage oder auch für immer dem Betrieb fern. Sofort wird eine Annonce losgeschickt, den Agenten wird um Vermittlung der Arbeiter geschrieben, und in einigen Tagen wimmelt der Betrieb von fremden Arbeitern, meist aber solchen, die die Arbeitsweise nicht kennen. Dieses kümmert natürlich den Geschäftsführer wenig, für ihn ist die Hauptsache, daß geliefert wird; ob die Ware gut und brauchbar ist, ist ihm ziemlich nebensächlich. Auch kommt es zuweilen vor, daß die Betriebsleiter genau weiß, daß diese oder jene Steinlage nicht weiterverarbeiten, und es wird zum Schaden der Abnehmer mit dem gutem Material vermischt. Die Folgen einer solchen Arbeitsweise dürfte jeder kennen. Nicht selten kommt es vor, daß Städte mit solcher Schmutzwasser angefüllt werden, daß gezwungen sind, Straßen, die vielleicht drei oder vier Fuß gepflastert sind, wieder aufzureißen, das von einer deutschen Firma gelieferte schlechte Material muß einem ausländischen vielleicht schwedischen Pflasterstein Platz machen. So ist es gekommen, daß die Einfuhr von ausländischen Pflastersteinen so bedeutend gestiegen ist. Es wurden eingeführt im Jahre 1904 für 5,6 Millionen Mark, 1904 für 6,5 Millionen Mark, 1905 für 10,4 Millionen Mark, 1906 für 8 Millionen Mark, 1907 für 11,7 Millionen Mark. Viele Städte sind dazu übergegangen, schon bei den Submissionen ausländische Steine vorzuzugreifen, meistens aus den oben angeführten Gründen. Sollten diese Mißstände, die die ganze Industrie, besonders aber die Arbeit schwerer schädiger, beseitigt werden, so ist es vor allen Dingen Sache der Herren Arbeitgeber und Industriellen, hier mal von der eigenen Tür zu kehren. Das Schreiben nach Schluß von Beratungen auf dem Verbandstag der Pflaster- und Pflasterindustriellen über „Schutz gegen Arbeiterstreiks“ sind lauter so wichtig, wie das erstere. Es dürfte auch nicht schaden, wenn sich die Herren Steinindustriellen mal die Frage vorlegen würden, was die Industrie am meisten schädigt, solche Unternehmungen, wie sie oben geschildert sind, oder geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen, und diese möglichst einseitig selbstbeständig unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, vertraglich für eine Industrie festgelegt. Sie werden bei geringem Nachdenken finden, daß letzteres als ein ganz gutes Mittel zur Beseitigung dieser Mißstände angewandt werden kann. Die Arbeiter aber in der Pflasterindustrie mögen bedenken, daß sie, solange sie nicht durch das Band der Solidarität zu einem geschlossenen Ganzen geeinigt, der Lohn und Willkür solcher Unternehmer unterworfen sind, und daß sie somit einen Teil der Schuld tragen, daß die Verhältnisse in der Steinindustrie jetzt so trostlos liegen. Gestärkt durch beiderseitigen Organisationen, Erziehung der Mitglieder, gegebene Achtung und Anerkennung sind die wirksamsten Waffen gegen Mißwirtschaft und Eigenmuth.

Rundschau.

Konferenzen über die Reform der Arbeitervereine Ende Oktober haben im Reichsamt des Innern die von dem Staatssekretär des Innern eingeladen und bereits mehrfach angekündigten Konferenzen mit Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter über die bevorstehende Reform der Arbeitervereine statt. Für den 23. Oktober sind Vertreter der Orts-, Bezirks-, Landes-, Kreis-, Knappheitsvereine und der freien Hilfskassen, sowie Vertreter der Landesbeamten eingeladen. Am 24. Oktober wird über die Frage des Arzneimittelbezuges für Krankentassen und der Behandlung von Zahnränthen ebenfalls unter Zuziehung ausgewählter Sachverständiger sämtliche Interessentengruppen verhandelt. Für den 27. Oktober ist eine Besprechung mit Vertretern der Unfallversicherungsgesellschaften,

Landesversicherungsanstalten und der Ausführungsbehörden unter Beteiligung von Rentenbesitzern des Reichsversicherungsamtes angelegt. Außerdem sind zu allen Verhandlungen, deren Leitung durch den Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erfolgen wird, die beteiligten Reichsbehörden, die Vertreter der größeren Bundesstaaten und des Reichsversicherungsamtes eingeladen.

Sozialdemokratische Streikbrecher sind in einem Streik in Barmen den Rüstmachern in den Rücken gefallen. Es handelt sich bei dem Streik nicht um einige Pfennige Lohn-erhöhung, sondern sogar um die Anerkennung des Koalitions-rechts. Die sozialdemokratische Bielefelder „Volkswacht“ schreibt in Nummer 211 vom 9. September darüber folgendes:

„Barmen, 8. September. Streik bei Steneberg. Vierzehn Tage dauert nun der Streik. Es ist ein Kampf um das Koalitionsrecht, das hat sich immer deutlicher gezeigt. In letzter Woche stellte St. an die Rüstmachern das Ersuchen, aus dem Verbande auszutreten. Die Mädchen haben als Antwort die Arbeit eingestellt. Die Sortierer sind sämtlich im Sortiererverbande organisiert. Der Vorstand des Sortiererverbandes hat den Sortierern aufgegeben, die Arbeit niederzulegen, doch die Sortierer arbeiten nicht nur weiter, sondern machen jetzt sogar Kisten, da sie ja keine Zigarren zu sortieren haben. Traurig. Die Mädchen nehmen nützlich den Kampf auf, organisierte Sortierer fallen ihnen in den Rücken und üben Verrat.“

Hier wird also nicht von gegnerischer, sondern von sozialdemokratischer Seite selbst bestätigt, daß die Mitglieder des sozialdemokratischen Sortiererverbandes Streikbruch verüben. Das sollte man sich merken und den „Genossen“ vorhalten, wenn sie wieder über „christliche Streikbrecher“ zetern.

Bestrafte Fahrlässigkeit. Am 22. Juni d. J. hatte sich auf einem Neubau am Museumspfad in Breslau ein schwerer Unfall ereignet. Ein bereits bis zum dritten Stockwerk aufgeführter Pfeiler war eingestürzt und hatte einen Maurer mit in die Tiefe gerissen, der im Kellergerüst unter den Trümmern hervorgehoben werden mußte. Er wurde mit einem Kollegen, der durch herabfallende Ziegelstücke am Kopfe verletzt worden war, in eine Krankenanstalt gebracht, und beide konnten nach längerer Behandlung als geheilt entlassen werden. Für diesen Unfall wurde nun der als Bauleiter fungierende hiesige Maurermeister Alfred über verantwortlich gemacht, und die II. Strafkammer hielt ihn auch für schuldig, durch die Außerachtlassung der allgemein üblichen Regeln der Baukunst die Verletzungen der beiden Maurer herbeigeführt zu haben. Die Verhandlung ergab, daß eine Öffnung zur Auflegung eines Trägers in dem abgestürzten Pfeiler gestemmt worden war, und zwar ehe das Mauerwerk getrocknet und ehe der Mörtel gebunden hatte, und in dieser unsachgemäßen Arbeit wurde eine Fahrlässigkeit des Ansehens erblickt. Das Urteil lautete auf 200 M Geldstrafe. — In unseren Augen eine ziemlich gelinde Strafe.

Der Entwurf des Gesetzes zur Errichtung von Arbeitskammern ist nach den in der ersten kommissarischen Beratungen hervorgetretenen Anregungen zur Umgestaltung nunmehr neu redigiert und begründet. Nachdem inzwischen über die Abänderungen eine Verständigung unter den Bundesregierungen stattgefunden hat, gelangt der Entwurf Anfang der übernächsten Woche nochmals zur Durchberatung in die Kommission des Bundesrates, um bald darauf der Beschlussfassung des Plenums unterbreitet zu werden.

Tarifvertrag und Individualvertrag. Die Rechtsprechung des Gewerbegerichtes Hannover wurde durch eine Entscheidung, betr. den Geltungsbereich und die rechtliche Bedeutung der Tarifverträge und Individualverträge, bereichert, die für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von prinzipieller Bedeutung ist. Es handelt sich um die Klage eines Gerüstbauers gegen einen Gerüstbauunternehmer auf Zahlung einer Lohnschädigung wegen Entlassung ohne Kündigung und eines rückständigen Lohnzuschlages für achtzig Überstunden. Am 27. März 1907 wurde zwischen dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Ortsgruppe Hannover, Sektion der Gerüstbauer, einerseits und dem Beklagten andererseits ein Lohn- und Arbeitsvertrag abgeschlossen, wonach u. a. für Überstunden ein Lohnzuschlag von 10 Pf. pro Stunde gezahlt werden sollte. Der Tarif war geschlossen für die Zeit vom 1. April 1907 bis zum 31. März 1908 und verlängerte sich um ein weiteres Jahr, falls er nicht mindestens einen Monat vorher von einer der beiden Parteien gekündigt wurde. Eine Kündigung hatte von keiner Seite stattgefunden. Im Herbst vorigen Jahres streikten die Arbeiter des Beklagten, da dieser einen Arbeiter entlassen hatte, der ihm beim Aufstellen eines Gerüstes als unzuverlässig erwiesen haben soll. Seit dem 21. Mai d. J. wurde der Kläger, der dem genannten Zentralverbande angehört, bei dem Beklagten beschäftigt und am 3. August ohne Kündigung entlassen. Er forderte nun, da die Kündigungsfrist eine zweitägige war, 9 M Lohnschädigung für zwei Tage und 8 M Zuschlag für 80 Überstunden. Der Beklagte war vom Kläger in schwerer Weise beleidigt worden, weshalb seinem Antrage auf Abweisung des Klägers mit der Entschädigungsforderung, entsprechend § 123 Ziffer 5 der Gewerbeordnung, entsprochen wurde. Der Beklagte wollte aber auch die 8 M Lohnzuschlag für Überstunden nicht zahlen. Er meinte, der Tarifvertrag vom 27. März 1907 sei für ihn nicht mehr bindend, da seine Arbeiter im Herbst v. J. gestreikt hätten, somit vertragsbrüchig geworden seien. Nach Beendigung des Streiks seien die Arbeiter unter ganz neuen Bedingungen aufgenommen und dabei ein Lohnzuschlag für Überstunden nicht vereinbart worden. Außerdem sei dem Kläger bei der ersten Lohnzahlung erklärt worden, daß der Zuschlag nicht mehr gezahlt werde. Das Gewerbegericht verurteilte aber den Beklagten zur Zahlung der 8 M für Überstunden. Der Vorsitzende, Gerichtsassessor Dr. Warmbold, führte zur Begründung aus: Die Entscheidung wegen des vom Kläger geforderten Zuschlages für Überstunden hänge davon ab, ob der Tarifvertrag noch galt oder nicht. Eine Befreiung des Beklagten vom Tarif sei durch den Streik seiner Arbeiter schon deswegen nicht eingetreten, weil nicht etwa die Streikenden, sondern der Zentralverband Vertragspartei beim Tarifvertrag war. Der Einwand des Beklagten, er habe im Gegensatz zum Tarif mit dem Kläger Nichtzahlung des Zuschlages für Überstunden vereinbart, befreie ebenfalls nicht vom Tarif. Das Gewerbegericht vertrete den Standpunkt, daß sowohl der kollektive Tarifvertrag, bei dem die Mehrheit der vertragsschließenden Arbeiter nicht organisiert und nur zum Zwecke des Vertragsabschlusses zusammengetreten ist, wie auch der korporative Tarifvertrag, bei dem die Arbeiter, wie im vorliegenden Falle, eine Organisation sind, die einen rechtsfähigen oder nicht rechtsfähigen Beretta bildet, durch einen Individualvertrag nicht abgeändert werden können. (Hannoverscher Courrier.)

Ein Diebstahl wird gegenwärtig in Lancashire (England) geführt. Dort stehen 120 000 Textilarbeiter mit den Fabrikanten im Kampf. In den Vorjahren wurden von den Spinnereialtengesellschaften hohe Gewinne erzielt; 7, 9% und 16 Prozent. Diese günstigen Ergebnisse gaben Anlaß zu außerordentlichen Vergroßerungen und Neuanlagen. In den letzten drei Jahren sollen dort 8 bis 11 Millionen

Spindeln und 120 000 Webstühle zur Neuaufstellung gelangt sein. Es läßt sich ungefähr ermessen, was diese Zahlen bedeuten, wenn man bedenkt, daß im Deutschen Reich gegenwärtig nur gegen 10 Millionen Spindeln und 250 000 Webstühle vorhanden sind. Infolge dieser ungeheuren Produktionsvermehrung entstand Ueberproduktion, was wieder einen Preisrückgang zur Folge hatte. Nun gingen die Fabrikanten dazu über, eine Arbeitszeitverkürzung und prozentige Lohnkürzung anzukündigen. Mit der Arbeitszeitverkürzung wären die Arbeiter einverstanden, gegen die Lohnkürzung (Arbeitspreis) wehren sie sich und das mit Recht; ihre Löhne sind durchaus nicht hohe. Der Kampf hat am 21. September begonnen und sein Ende ist noch nicht abzusehen. Die in Frage kommenden Arbeiterverbände verfügen über große Vermögen und können daher die kämpfenden lange Zeit unterstützen. Wir wünschen den Arbeitern den besten Erfolg.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: die Firma Bensen in Berrath b. Düsseldorf, der Bau der Diakonissenanstalt in Hilben, Firma Hellman, die Firmen Belleuer in Castrop, die Firma Ebers in Reckenflusen b. Rheine, wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages. In Mülhausen i. Elz. streiken die Erd- und Grundarbeiter, in Danzig die Dachdecker. Bezug ist fernzuhalten.

Bezirk Danzig.

Danzig. Hier sind die Dachdecker am Dienstag, den 6. Oktober, in den Ausstand getreten. Eine von unserem und dem sozialdemokratischen Dachdeckerverbande einberufene Versammlung beschloß am 5. Oktober den Generalstreik. Die Forderung lautet auf 60 Pf. für gelernte, 45 Pf. für ungelernete und 35 Pf. für Hofarbeiter pro Stunde. Die Arbeitgeber lehnen jede Verhandlung mit den Vertretern der Organisationen ab. Die Haltung der streikenden Kollegen ist gut. Bezug ist jetzt nicht zu verzeichnen. Die organisierten Kollegen werden ersucht, den Bezug von Dachdeckern nach Danzig fernzuhalten.

Bezirk Bochum.

Castrop. Durch das treue Ausharren der Kollegen ist es ermöglicht, dem Arbeitsvertrag weitere Anerkennung zu verschaffen. Während der Unternehmer Klein den Vertrag schon vor längerer Zeit anerkannte, konnten sich die Unternehmer Belleuer und Lamberg nicht dazu verstehen. Doch scheint Herr Lamberg sich eines Besseren besonnen zu haben und kam dort folgende Vereinbarung zustande:

Castrop, den 9. Oktober 1908.

An die Arbeitnehmer-Organisationen des Baugewerbes. z. Hd. des Herrn Theodor Säuschen, Bochum. Hierdurch erkenne ich den Vertrag für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen, der zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen abgeschlossen ist, auch für mich als maßgebend an.

Hochachtungsvoll

Otto Lamberg.

Nun haben sich die Herren Arbeitgeber alle, mit Ausnahme des Herrn Belleuer, dem Vertrage unterworfen. Bei Ausdauer wird es uns gelingen, auch diese Firma zu überzeugen, daß man zur Herstellung von Arbeiten nicht nur Kapital, sondern auch menschliche Arbeitskräfte nötig hat. Die Firma Belleuer bleibt nach wie vor gesperrt.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Mannheim.

Düren. Am 30. Oktober dieses Jahres finden die Wahlen der Beisitzer für das Gewerbegericht des Kreises Düren statt. Für die christlich-nationale Arbeiterchaft, welche bei der vorigen Wahl alle Beisitzerstellen erobert hat, gilt es auch diesmal wieder auf dem Posten zu sein, damit der Wahltag zu einem Ehrentag für sie werde. Ein jeder Kollege muß es sich zur Aufgabe machen, nicht nur selbst zu wählen, sondern auch agitatorisch tätig zu sein, alle Genossenschaftsgenossen für die Wahl zu animieren. Tue also ein jeder seine Pflicht, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben und das Wahlergebnis in unserem Sinne ausfallen.

Gen. Unsere diesjährige Generalversammlung fand mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahres- und Kassenbericht; 2. Vorstandswahl; 3. Beschiedenes. Kollege Stevering, welcher den Jahresbericht erstattete, wies auf die Erfolge hin, welche in diesem Jahre durch die Organisation erzielt seien. Ein nicht zu unterschätzender Erfolg sei der Abschluß des diesjährigen Tarifvertrages. Die Unternehmer-Organisation wollte uns einen Vertrag aufzwingen, welcher das in den letzten Jahren mühevoll Aufgebaute wieder niedergewaschen hätte. Ein bedeutender Erfolg sei durch den Vertragsabschluß in der Bestimmung erreicht, daß keine Verschlechterungen Platz greifen dürfen. Diejenigen Kollegen, welche schon frühere Kriegen mit durchgemacht hätten, wüßten dieses am besten zu würdigen. Bedauerlich sei es, daß, trotzdem die Kollegen die Absicht der Arbeitgeber bei der Tarifbewegung zu durchschauen Gelegenheit hatten, noch ein so großer Teil unorganisirter Bauarbeiter vorhanden sei. Diese zu gewinnen, müsse die nächste Aufgabe sein. Weiter müßten wir die Organisation der Erdarbeiter ernsthaft ins Auge fassen. Für diese Arbeiterkategorie habe im Jahre 1906 der Lohn schon durchschnittlich 45 Pf. betragen, heute sei der Durchschnittslohn auf 40 Pf. herabgedrückt. Die Akkord- und Loharbeit sei leider noch immer nicht ganz verschwunden. Gerade das letztere Arbeitssystem zeitige die schwersten Blüten, sei man doch in neuester Zeit dazu übergegangen, den Mörteltransport im Akkord auszuführen. Leider müßte festgestellt werden, daß es in den meisten Fällen organisiert Arbeiter sind, welche die Akkordarbeit ausführen. Die Genossen Köhler und Büßler hätten es bei diesem System sogar bis zum Schwitzmeister gebracht, indem sie mit einzelnen Arbeitgebern im Frühjahr Verträge abschlossen, nach welchen ihnen der Materialtransport für sämtliche in diesem Jahre auszuführenden Bauten (10—15 Stück) gesichert wurde. In der Theorie wird vom „freien“ Bauarbeiterverbande die Akkordarbeit bekämpft, in der Praxis aber haben es einzelne Vorstandsmitglieder von Ortsvereinen sogar bis zur Wirklichkeit gebracht. Der mit Beifall aufgenommene Bericht endete mit dem Appell, alles aufzubieten, um geordnete Verhältnisse zu schaffen und die indifferenteren Kollegen der Organisation zuzuführen. Wegen vorgerückter Zeit wurde der Kassenbericht bis zur nächsten Versammlung vertagt. In den Vorstand wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Karl Stevering, zum 2. Kassierer Kollege Schumacher, zum Schriftführer Kollege Guckenhofen, zu Revisoren die Kollegen Rau und Trebe.

Herne. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 7. Oktober statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Quartalsabrechnung, 4. Vorstandswahl. Zu Punkt 1 referierte Kollege Wilhelm Schulz über die deutschen Arbeiterverbände. In seinem fast einstündigen Vortrage schilderte er die Entwicklung, den Stand und die Tätigkeit derselben. Durch verschiedene Beispiele führte er an, daß die Maßnahmen der deutschen Arbeiterverbände, welche sie gegen die unorganisierten Arbeitgeber richteten, den sogenannten gewerkschaftlichen Terrorismus in den Schatten stellten. Auch verbreitete sich Redner über das Verhalten der Arbeitgeberverbände gegen

über den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Er beleuchtete hauptsächlich die schwarzen Listen, sowie die koalitionsfähigen Werke der Arbeitgeber, mit deren Hilfe sie müßeligen Arbeiter aus ihren Betrieben fernzuhalten suchen. Zum Schlusse betonte Redner, daß nur eine starke und wohlgeleitete Arbeiterorganisation in der Lage sei, der Macht der Arbeitgeberverbände mit Erfolg entgegenzutreten zu können. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus. Zu Punkt 3 erstattete der Kassierer Kollege Brecher den Quartalsbericht, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten, aus welcher Kollege Wilhelm Schulz als erster Vorsitzender, Kollege Karl Klaus als erster Kassierer und Kollege Christian Schlicht als erster Schriftführer hervorgingen. Wegen zu weit vorgedrückter Zeit konnte die weitere Wahl nicht vollendet werden. Zum Schlusse feierte der Vorsitzende die Kollegen zur Erfüllung ihrer Pflichten als Gewerkschaftler an und brachte ein Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung aus.

Warendorf. Heute fand hier die vom Zentralvorstand einberufene Agitationsversammlung statt. Dieselbe war von etwa 100 Kollegen besucht. Außer den Kollegen von Bau waren auch Textilarbeiter erschienen, da die Versammlung als eine öffentliche bekanntgemacht war. Auch eine Anzahl Genossen von Münster waren herübergekommen. Der Referent, Kollege Lange aus Köln, hielt einen interessanten und lehrreichen Vortrag über „Krise, Arbeiterchaft und Gewerkschaften“. Mit gespannter Aufmerksamkeit wurden die Ausführungen verfolgt. In der Diskussion meldeten sich zwei sozialdemokratisch organisierte Buchdrucker aus Münster zum Wort. Der stück sachliche Vortrag bot diesen „Geistesgößen“ keinen Anlaß zum Angriff gegen die christlichen Gewerkschaften. Der erste Redner, namens Penzler, sang ein Klageelied über Angriffe auf die „Neutralität“ des Buchdruckerverbandes. Eine ganze Viertelstunde lang wüßte er die Versammlung mit Ausführungen über Gutenbergsbund und Deutscher Buchdruckerverband. Dann verkündete er den Arbeitslosen in Münster im vorigen Winter getan. Ja, derselbe habe als Stadtverordneter gebuddelt, daß den Arbeitslosen nur 2,70 M Lohn gezahlt sei. Das Zentrum sei arbeiterfeindlich. Nur der Sozialdemokratie sei die soziale Gesetzgebung zu verdanken. Die bürgerlichen Parteien brückten die Arbeiter, wo sie nur könnten. Der zweite Held, ein gewisser Hofmann, empfahl die Einführung des sozialdemokratischen Zukunftsstaates, dann würde das Bibelwort in Erfüllung gehen: „Sorget nicht für den anderen Tag. Denn habe die Menschheit alles genug und die Sorgen um das tägliche Brot hören auf.“ Die „Genossen“ mußten die Duldsamkeit der christlichen Arbeiter hermaßen aus, daß sie förmliche Referate hielten. Als nun der Vorsitzende dem Referenten das Schlusswort gab, da erhob die rote Korona ein Sturmgeläch. Es wollten noch ein halbes Duzend Buchdrucker aus Münster ein sozialdemokratisches Verslein herjagen. Da der Referent lange jedoch um 1/2 Uhr zu einer zweiten Versammlung nach Burgsteinfurt fahren mußte, konnte den Genossen nicht ihr Wunsch erfüllt werden. Der Referent fertigte die Genossen recht an und ab. Das sachliche Referat habe ihnen keinen Anlaß zu Unfällen gegen die christlichen Organisationen und ihre Führer gegeben, lediglich das böse Gewissen der Genossen sei in der Diskussion zu den Ausfällen gekommen. Ueber die Neutralität des Buchdruckerverbandes sollten sie einmal nachlesen, was der Genosse Erdmann (Wöll) vor kurzen gesagt habe: indem er dem Buchdruckerverband den Rat gegeben hat, endlich einmal die widerliche Heuchelei aufzugeben und sich offen zu dem bekennen, was er wirklich sei, nämlich zu einer sozialdemokratischen Organisation. Er (Redner) reagiere nicht auf zufällig geplapperte Worte irgendeines unbedeutenden sozialdemokratischen Klaffers. Er weise auf die höchsten Instanzen der „freien“ Gewerkschaften, die Kongresse in Stuttgart und Köln, hin. Der Vorsitzende dieser Kongresse, Bömelburg, habe den Stuttgarter Kongreß mit den Worten geschlossen: Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins. Den Kölner Kongreß habe er mit denselben Worten geschlossen und hinzugefügt, er wisse nicht, wie er den Kongreß würdiger schließen könne. Er freue sich, die Worte von Stuttgart wieder von neuem konstatieren zu können. Der erste Sekretär der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften, Legien, habe gelegentlich des Kölner Kongresses gesagt: „Zunächst, wir freien Gewerkschaftler sind antireligiös, weil wir zu vernünftigen Menschen geworden sind.“ Redner erinnerte dann an die verräuchten Feen, die der Genosse Frohne in dem Buch „Kultur und Arbeit“ aufgestellt habe, das nämlich den Hissen als Ururgroßvater, „wissenschaftlich“ nachweist, und daß alle „freien“ Gewerkschaftsblätter dieses verrückte Zeug ihren Mitgliedern zum Lesen empfahlen. Bezüglich des sozialdemokratischen Zukunftsstaates bemerkte Redner, er wolle denjenigen Arbeiter mal sehen, der wirklich danach verlangte, in eine sozialdemokratische Zwangsjacke eingeknüpft zu werden. Da schrie die männliche sozialdemokratische Gesellschaft, ich, ich; auch einige fremde Mannen schrien daselbe. Ein ganz „Ueberzeugter“, der mit seinen ausgetretenen Arbeitskleidern, weißer Hose, offenes Brusthemd usw. erschienen war, streckte beide Arme aus und schrie: ich, ich! Kollege Lange gab ihnen darauf den Rat, sich um Aufstellung bei der „Vorwärts“-Redaktion und Expedition zu bewerben. Sobald sie sich dann einmal ein freies Wort erlaubten, würden sie erfahren, gleichwie es die sechs „Vorwärts“-Redakteure beim Heraussteigen erfahren haben, was es heißt, in einem sozialdemokratischen Betriebe eine freie Meinung zu haben oder zu äußern. Diese Ausführungen wurden von den „Genossen“ mit Kadav begleitet. Als Redner zur Widerlegung auf die Angriffe des Arbeitersekretärs Holke und Behrens überging, johlte die Gesellschaft derart, daß kein Wort mehr verständlich wurde. Die Versammlung wurde daher vom Vorsitzenden, Kollegen Steltenkamp, geschlossen. Dazwischen Kadav waren die Indifferenzen fortgegangen. Sie haben jedoch durch das Referat Aufklärung erhalten. Hoffentlich gelingt es uns, dieselben durch die Hausagitation als Mitglieder zu bekommen.

Kassel. (Bauhilfsarbeiter.) Am 2. Okt. fand unsere Generalversammlung statt, in welcher die Kollegen Otto Feiertag als zweiter Vorsitzender, Heinrich als Schriftführer und Brill als Kassierer gewählt wurden. Die Wahl des ersten Vorsitzenden wurde ausgesetzt, weil der derzeitige Vorsitzende sich zurzeit im Krankenhause befindet. Der Kassenbericht soll in 14 Tagen erstattet werden.

Mannheim und Bauhilfsarbeiter.

Harburg (Elbe). Am 6. Oktober fand hier eine Versammlung der Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter statt. In derselben hielt Kollege Werner aus Paderborn einen lehrreichen Vortrag. In einer einhündigen Rede verstand es Redner, uns die jetzige Krise und die Entstehung derselben klar und deutlich vor Augen zu führen. Am Schlusse seiner Ausführungen dankte die Versammlung dem Redner mit großem Beifall. Möge ein jeder unserer Kollegen die Worte unseres Kollegen Werner beherzigen, indem wir uns stets bemühen, für unsere wichtige Sache weiterzuarbeiten.

Aachen. Am Sonntag, den 4. Oktober, morgens 11 Uhr, fanden in Gemmenich und abends 6 Uhr in Aaltenberg Versammlungen statt. Ueber das Thema: „Die wirtschaftliche Krise und die Bedeutung der Organisation während derselben“, sprach Kollege Zimmermann und führte aus: Die Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur ist vorüber und hat einer Zeit der Arbeitslosigkeit Platz gemacht. Wo die Arbeiter unorganisiert und wo keine Tarifverträge bestehen, müssen viele Arbeiter Lohnabzüge über sich ergehen lassen. Dieses wäre

auch in Aachen der Fall, wenn wir durch den 17wöchentlichen Kampf keinen Tarif erhalten hätten. Trotz der schönen Erfolge seien noch viele Kollegen, die der Organisation den Rücken kehrten, vorhanden. Tausende von Arbeitern ständen heute besser, wenn sie den Nutzen der Organisation besser erkannt hätten. Bei früheren Krisen wälzte der Unternehmer die Folgen schlechten Geschäftsganges auf die Arbeiter; heute, durch den Einfluß der Organisationen hat der Unternehmer einen Teil der Last mitzutragen, denn wo der Arbeiter organisiert ist, und wo Tarife bestehen, wird er sich keine Lohnreduzierungen gefallen lassen. Kollegen, wenn wir noch bessere Arbeits- und Lohnbedingungen erringen wollen, dann müssen wir anstatt persönlicher Reibereien eine gemeinsame Arbeit entfalten an den Baustellen und nicht eher ruhen, bis der letzte Kollege der Organisation zugeführt ist.

Willst du den großen Kampf vollenden,
So setz zuerst dich selber ein,
Wer andern will die Fesseln sprengen,
Darf nicht sein eigner Sklave sein.

Meerssen, den 4. Oktober 1908. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung fand hier statt, zu welcher ein holländischer Redner und Kollege Bücher aus Aachen erschienen waren. An Agitation und Bekanntmachung hatten es die Kollegen nicht fehlen lassen und doch war die Versammlung schlecht besucht. Es war schade, daß die schönen und zu Herzen gehenden Worte des Kollegen Kreutz, der über die Arbeiterorganisation und ihr Ziel sprach, nicht vor vielen hundert Kollegen gesprochen wurden. Der Kollege legte die Notwendigkeit der Organisation klar an der Hand verschiedener Beispiele. Ebenso brachte er in klaren und scharfen Worten zum Ausdruck, warum wir uns heute nur in den christlichen Verbänden zusammenschließen müßten. Tätige und freudige Mitarbeit müsse der christliche Kollege leisten. Opferfreudigkeit am Ausbau und Förderung unseres Verbandes. Von dem christlichen Arbeiter müsse verlangt werden, daß er nicht allein nur materieller Vorteile wegen mithelfe, sondern wir haben auch hohe ideale Ziele. In der Diskussion klagten mehrere Kollegen, daß ihnen die Mitarbeit verleidet würde. Die Redner forderten die Kollegen auf, sich nicht irre und mutlos machen zu lassen, nur treu zusammenzuhalten und gemeinsam die Unorganisierten aufzuklären. Zum Schlusse wurde auf die bevorstehende Wahl der Delegierten zur Ortskrankenkasse in Aachen aufmerksam gemacht und ermahnt, auch zur Wahl zu gehen. — Kollegen von Meerssen, legt die Interesslosigkeit ab und besucht die Versammlungen, denn das ist der Ort der Aufklärung.

Valkenburg, 4. Oktober. Auch hier fand eine gemeinsame Versammlung der Zahlstellen Houthorn, Valkenburg und Hülsberg statt. Der holländische Redner, welcher die Notwendigkeit der Organisation und ihr Ziel behandelte, verstand es, die anwesenden Kollegen in gespannter Aufmerksamkeit zu halten. Er zeigte die gedrückte Lage unserer Kollegen und die Notwendigkeit, sich dem Verbands anzuschließen. Er zeigte die Beispiele der anderen Stände. Er schilderte in zu Herzen gehenden Worten die Lage der holländischen Kollegen und wie diese alle Ursache hätten, an dem Verband ihre Stütze zu suchen. Die Rücksichtslosigkeit des Unternehmers müsse doch den Kollegen die Augen öffnen. Die Liebedienerei und Schmarotzerei mancher Kollegen bei ihrem Unternehmer werde niemals belohnt. Das zeigte er an einem Erlebnis, wo zwei alte Arbeiter 50 Jahre bei einem Unternehmer im Dienste gestanden. Am Jubiläumstage wurde ihnen eine kleine Ehrung seitens ihrer Mitarbeiter zuteil. Als der Unternehmer auf die Baustelle kam, und die zwei Arbeiter sich als Jubilare vorstellten, konnten sie die schönen Worte des Unternehmers vernemen: „Wenn ihr 50 Jahre heute bei mir arbeitet, dann habe ich euch auch 50 Jahre zu fressen gegeben“. Dieses war der Dank für treu geleistete Dienste. Heute müsse es ferner einem jeden noch christlich denkenden Arbeiter klar sein, wo er sich zu organisieren habe. Die „freien“ Gewerkschaften, welche vor einigen Jahren noch feste neutral sein wollten, erklären heute offen und frei, sie seien sozialdemokratisch. Die „freien“ Gewerkschaften seien nicht mehr frei. Dieses erklärten feierlich ihre Führer. Die „freien“ Gewerkschaften geben tausende Mark von Beitragsgeldern an die sozialdemokratische Partei. Wer ehrlich denkt, der weiß, daß für einen christlichen Arbeiter kein Platz dort mehr ist. An zahlreichen Beispielen zeigte er die Religionsfeindlichkeit und Parteianghörigkeit. Wir christlichen Arbeiter haben noch höhere Ideale, welche uns die Pflicht auferlegen, für unsere christliche Organisation zu streiten und zu arbeiten. Der Eindruck der Rede war so ergreifend, daß man es sehr bedauern mußte, daß nicht mehr Kollegen anwesend waren. Hier hätten unsere holländischen Kollegen mal einen feurigen Verbandskollegen als Landsmann und als Arbeiter sehen können. Zum Schlusse wurden die Kollegen ermahnt, in Zukunft darauf bedacht zu sein, sofort offene Stellen auf dem Bureau mitzuteilen, damit den arbeitslosen Kollegen gleich Arbeit nachgewiesen werden könne. Ferner wurde auf die bevorstehende Wahl der Delegierten zur Ortskrankenkasse 6 in Aachen hingewiesen und die Kollegen ermahnt, auch zur Wahl zu gehen, wenn das Kartell der christlichen Gewerkschaften dazu auffordert. Nach einem kräftigen, schönen Schlußwort des Vorsitzenden, Kollegen Dujkers, welcher ein begeistertes Hoch auf unsere Organisation ausbrachte, schloß er die schöne Versammlung.

Gesamtkursus 3,00 M erhoben. Für Arbeiter-Berufsvorgängen stehen Freikarten zur Verfügung.

Wirkungen der modernen Hygiene. Ueber die Wirkungen der modernen Hygiene bringt das kürzlich erschienene „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ einige recht bemerkenswerte Zahlen. Auf Grund sorgfältiger Feststellungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes sind für die Zeit von 1877 bis 1906 für die deutschen Orte mit 15 000 und mehr Einwohnern die Todesursachen zusammengestellt worden. Allerdings fehlen hier die Ziffern für das flache Land, die aus begründlichen Gründen nicht so günstig ausfallen dürften, wie die hier mitgeteilten. Aber die vorliegenden Ziffern zeigen doch, wie viel durch die Fortschritte der modernen Wissenschaft erreicht worden ist. Insgesamt erstrecken sich die Zahlen für die letzten Jahre auf ungefähr ein Drittel des ganzen Reichs, so 1906 auf 20 884 458 Einwohner des Reichs von rund 61 Millionen. Im ganzen wird festgestellt, daß, während in den Jahren 1877/81 durchschnittlich jährlich von 1000 Einwohnern 26,72, 1882/86 durchschnittlich 25,83, in dem Durchschnitt der Jahre 1902/06 nur 18,20 und 1906 nur 17,47 gestorben sind. Am bemerkenswertesten ist der Rückgang der Sterblichkeit bei Typhus, Scharlach, Diphtherie und Krupp, sowie beim Kindbettfieber. Es starben nämlich von 100 000 Einwohnern am Typhus in den Jahren 1877/81 durchschnittlich jährlich 43,6, 1882/86 30,2, 1887/91 20,6, 1904 nur 7,3, 1905 6,4 und 1906 6,1. Am Scharlach starben 1877/82 durchschnittlich 56,8, 1882/86 42,0, 1887/91 21,2, 1904 20,5, 1905 13,8, 1906 15,4. An Diphtherie und Krupp starben 1877/81 99,8, 1882/86 gar 122,3, 1887/91 99,7, 1892/96 84,1. Dann folgt, offenbar infolge der Anwendung des Heilserums, die Sterblichkeit für 1897/01 auf 31,2, 1904 starben 25,1, 1905 22,4 und 1906 22,9. An Kindbettfieber starben 1877/81 14,4, 1882/86 11,5, 1887/91 8,0, 1904 6,0, 1905 5,2 und 1906 4,7. Auch für Tuberkulose zeigt sich ein Rückgang der Sterblichkeit, wenngleich kein so bedeutender wie bei den vorerwähnten Krankheiten. Es starben nämlich an Tuberkulose in den Jahren 1877/81 durchschnittlich von 100 000 Einwohnern 357,7, 1882/86 346,2, 1887/91 304,0, 1892/96 255,5. Die niedrigste Ziffer weist das Jahr 1904 mit 191,2 auf, 1905 steigt die Zahl wieder auf 222,6 und geht 1906 auf 202,7 zurück. An Pocken starben 1877/81 absolut jährlich 114, 1882/86 121 Personen. Dagegen starben an dieser Krankheit absolut 1904 nur 10, 1905 nur 3, 1906 gar nur 1 Person. Man ist gewöhnt, der Ansicht, daß in unserem nervenzerrütteten Zeitalter die Zahl der Selbstmorde zunehme. Diese Ansicht wird, wenigstens in relativer Beziehung, durch die Statistik widerlegt. Allerdings sind in den Jahren 1877/81 durchschnittlich absolut 2373, 1905 5271 und 1906 5328 Personen durch Selbstmord umgekommen. Aber das macht auf 100 000 Einwohner 1877/81 31,0, 1904 nur 25,9, 1906 25,5 Prozent. Im ganzen stellt diese Statistik unserer ärztlichen Wissenschaft und Hygiene jedenfalls ein recht günstiges Zeugnis aus.

Briefkasten.

Opladen, H. M. 60 Pf.
Unter-Bimbach, E. B. Der Bericht eignet sich nicht zur Aufnahme.
Hohenfels, A. J. Der Bericht war bereits nur unter anderem Namen in Nr. 40 der „Baugewerkschaft“ zu lesen, also gut abgeschrieben.

Literarisches.

Das „Taschenbuch für Evangelische Arbeiter 1909“, 3. Jahrgang, herausgegeben von Liz. Weber und Liz. Mumm, ist soeben erschienen. Wie in den Taschenbüchern der beiden Vorjahre, finden sich auch in den vorliegenden gut orientierende Artikel über die wichtigsten sozialen Angelegenheiten. Behandelt sind u. a.: Das neue Vereinsrecht von Graef, Das soziale Programm des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine von Liz. Weber, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung von Liz. Mumm, Die Wohnungsfrage von Hüffer (Sekretär des Bundes deutscher Bodenreformer), Alkohol und Arbeiterstand von F. Gonsler, Arbeitgeberverbände von Dr. Repler, Arbeiterinnenfrage von E. Söchtig, usw. Das Taschenbuch entspricht einem wirklichen Bedürfnis der Evangelischen Arbeitererschaft. Es ist dauerhaft gebunden zum Preise von 50 Pf., mit Porto 60 Pf., zu beziehen durch die Buchhandlung der Sozialen Geschäftsstelle Berlin N. 31, Berolinerstr. 1. Bei Bestellung einer größeren Anzahl von Exemplaren tritt eine Ermäßigung des Preises ein. Im Interesse der christlich-nationalen Arbeiterbewegung muß dem Taschenbuch die weiteste Verbreitung in der evangelischen Arbeitererschaft gewünscht werden.

Arbeitgeberverbände. Arbeiter-Bibliothek 11. Heft 1.-10. Laufend. M. Glabach 1908. Verlag der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, G. m. b. H. Preis 20 Pf.

Inhalt: Vorbemerkung. I. Geschichte, Stand und Organisation der Arbeitgeberverbände. 1. Entwicklung der Arbeitgeberorganisation. 2. Gegenwärtiger Stand der Arbeitgeberorganisation. 3. Innere Organisation der Arbeitgeberverbände. II. Aus der Praxis der Arbeitgeberverbände. 1. Die Stellung der Verbände gegenüber den einzelnen Arbeitgebern. 2. Die Stellungnahme der Arbeitgeberverbände zu den Gewerkschaften. 3. Die Tätigkeit der Arbeitgeberverbände als Kampforganisationen (Schwarze Listen, Streiklisten, koalitionsfeindlicher Hebers, unparteilicher Arbeitsnachweis, Beschaffung von Streikbrechern, die sog. „Arbeitswilligen“, „Gelbe“ Gewerkschaften, Streikarbeit und Streikauflösung, Aussperrungen). Schluß.

Die Bedeutung der Arbeitgeberverbände, welche heute bereits in ihrer Mannigfaltigkeit und Vielseitigkeit fast unüberschaubar geworden sind, ist mit der Zeit außerordentlich gewachsen. Als naturgemäße Gegenorganisationen gegenüber der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft haben sie vor allem und zunächst für die arbeitenden Klassen das stärkste Interesse. Aber auch die Allgemeinheit, die von den gewerkschaftlichen Kämpfen stets mehr oder weniger unmittelbar mitbetroffen wird, kann die Arbeitgeberorganisationen und deren weitere Entwicklung ebenso wenig ignorieren wie die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeitnehmer. Die neueste Nummer der M. Glabacher „Arbeiterbibliothek“, welche Geschichte, Stand und Organisation der Arbeitgeberverbände, sowie die Tätigkeit und Stellungnahme der Verbände im einzelnen objektiv und kritisch beleuchtet, ist daher als recht zeitgemäß besonders willkommen und verdient allgemein Beachtet und gelesen zu werden.

Streikabrechnungen.

Abrechnung vom Streik der Fliesenleger in Bochum.

Einnahmen:	
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet	1047 03
Summa	1047 03
Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	978 45
Dankentrouble	68 58
Summa	1047 03

Die Richtigkeit beglaubigen:
Die Revisoren:
Simon Wand, Fr. Sczerzisko.
Die Streikleitung:
Josef Mah

Abrechnung vom Streik der Steinarbeiter in Citerfel

Einnahmen:	
Von der Zentralkasse	71
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet	1
Von der Lokalkasse der Zahlstelle	8
Summa	80
Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	30
Für Fortschaffung Zugereister	3
Fernhaltung des Zuguges	2
Flugblätter und Annoncen	2
Porto und Schreibmaterial	2
Summa	39

Die Richtigkeit beglaubigen:
Die Revisoren:
E. Kaufmann, R. Höfer.
Die Streikleitung:
Peter Brendel.

Abrechnung vom Streik der Fliesenleger in Gelsenkirchen

Einnahmen:	
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet	168
Summa	168
Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	157
Für Reiseunterstützung an abgereiste Streikende	1
Für Fortschaffung Zugereister	1
Fernhaltung des Zuguges	7
Flugblätter und Annoncen	1
Porto und Schreibmaterial	1
Summa	168

Die Richtigkeit beglaubigen:
Die Revisoren:
A. Gebelhof, J. M. Mai.
Die Streikleitung:
Joh. Wed. Fr. Gahmann.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Niddersdorfer Str. 1 zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschlag anzugeben, wofür und für welches Vierteljahr das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 20. Septbr. bis 10. Oktbr. sind folgende Beiträge eingegangen:

Für Beiträge und Eintrittsgelder: Cr. 27,10 M, Münster (M. u. A.) 200,— M, Gladbeck-Vottrop 250,— M, Niemesdorf (Einzel) 1,70 M, Mehlrad (Einzel) 4,80 M, Ludwigswinkel 87,95 M, Berl 80,— M, Gelsenkirchen 300,— M, Raiton 300,— M, Siegen 400,— M, Dinslaken 600,— M, Zella 12,— M, Gildesheim 300,— M, Hamborn-Mörs 300,— M, Oberhausen 500,— M, Duisburg 600,— M, Rheine 140,— M, Neufel (Schlesien) 182,18 M, Münster (M. u. A.) 340,— M, Neufelhanfen 1400,— M, Mielefeld 206,76 M, Celle 200,— M, Boch 1800,— M, Köln 600,— M, Königsberg (M.) 800,— M, Wle 100,— M, Essen 800,— M, Emden 15,— M, Dillingen 102,18 M, Detmold 300,— M, Vebert (Einzel) 2,— M, Dortmund 800,— M, Everswinkel 58,31 M, Flatoiw 13,87 M, Berl 70,— M, Münster 24,50 M, Gelsenkirchen 800,— M, Rottenburg 87,23 M, Remsch 361,74 M, Gauen (Einzel) 2,75 M, Dörsberg 200,— M, Gangfo 9,92 M, Aachen 800,— M, Münster (M. u. A.) 400,— M, Eversfeld 300,— M, Lauringen 116,85 M

Für Inzerate: Minden 1,50 M

Für Beitrag zum Unterstützungsfonds: D. 10,— M

Für Plakate und Karten: Rorderney 8,50 M, E. 10,— M

Für Stempel: Koblenz 4,85 M, Remscheid 3,50 M, Bedum —85 M

Ueberschüssige Streikunterstützung: Kirchvor 86,92 M, Montabaur 92,17 M, Lauringen 93,88 M

Bekanntmachungen.

Verwaltungsstelle Siegen.
Auf Grund unseres Statuts berufen wir eine **Verwaltungsstellen-Konferenz** nach Siegen ein.

Dieselbe findet am Sonntag, den 1. November, vormittags Punkt 11 Uhr, im Lokale des Herrn Maßen, Marburgerstr., statt.

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Vorstandes und der Delegierten.
 2. Das Kassen- und Unterstützungsweesen.
 3. Regelung der Winterbeiträge.
 4. Herbst- und Winteragitation.
 5. Beratung der Anträge.

Jede Zahlstelle ist verpflichtet, einen Delegierten zu entsenden. Die Wahl ist sofort vorzunehmen und der Name des Delegierten dem Unterzeichneten bis zum 25. Oktober anzugeben. Übermüssen Anträge bis zum 25. Oktober im Besitze des Unterzeichneten sein.

Der Vorstand.
J. A.: Karl Gillenbrand, Siegen, Pfarrstraße 3.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch Nr. 123 781, des Kollegen Sturmikus Krieg (geb. 22. 10. 1889 zu Großtafel) gehörig. Dasselbe wird hiernit für ungültig erklärt.

Gestohlen worden ist das Mitgliedsbuch Nr. 42 202, des Kollegen Joh. Rißheim in Ludwigshafen gehörig. Dasselbe wird für ungültig erklärt.

Aufforderung. Der Kollege Josef Wingenfeld a Goras wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Buer gegenüber nachzukommen.

Der Vorstand. J. A.: A. J. Adel, Buer, Lindenstr. 4

Sterbetafel.

Am 27. September starb unser Kollege Leonard Wilhelm Meisters an Lungenschwindsucht im Alter von 32 Jahren.
Zahlstelle Simpelfeld, Verwaltungsstelle Aachen.

Am 30. September starb unser Kollege Wilhelm Schulz im Alter von 37 Jahren an Lungenschwindsucht. Er war Mitbegründer der hiesigen Verwaltungsstelle.
Verwaltungsstelle Oliva.

Am 11. Oktober verschied unser freier Kollege und Mitbegründer unserer Zahlstelle, der Maurer Josef Gentermann im Alter von 25 Jahren infolge Lungenschwindsucht.
Zahlstelle Gr.-Algemiffen.

Ehre ihrem Andenken!

Volkswirtschaftlich- u. Soziales.

Wissenschaftlicher Kursus zum Studium des Alkoholismus. Seit ein paar Jahren werden in Berlin vom Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus alljährlich in der Oberwoche wissenschaftliche Kurse zum Studium des Alkoholismus veranstaltet. Der jährlich folgende Besuch derselben legte bei der weiten Entfernung des Reichens von der Reichshauptstadt der Gedanke nahe, in der rheinischen Hauptstadt einen Versuch zur Abhaltung eines solchen Kursus zu machen. Zu diesem Zwecke hat der rheinische Verband gegen Mißbrauch geistiger Getränke die Veranstaltung eines solchen Kursus für die Zeit vom 19. bis 21. Oktober in der hiesigen Handels-Hochschule zu Köln in die Wege geleitet. Nach dem Programm werden Männer der Wissenschaft und des praktischen Lebens über Ursachen und Wirkungen, besonders über die Schädigungen des Alkoholismus auf gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gebiete ihre jahrelangen Studien und Erfahrungen mitteilen können zur Verfügung stehen. Es ergeht die Einladung besonders an Vertreter der Behörden, der Arbeiterorganisationen, Krankenkassen, der Großbetriebe und Betriebsräte, an Ärzte, Geistliche und Lehrer. Während die Vorbereitungen für die Kurse bestimmt sind, finden an den Sonntagen die Besuche von sozial-hygienischen Einrichtungen statt. Anfragen und Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle des rheinischen Verbandes, Köln, Soebenstraße 10, zu richten. Für den Einzelbeitrag werden 50 Pf. für den